

Hauptstadt-Bulletin

Stufenplan zur Beendigung der Grenzkontrollen

Damit die Grenzkontrollen an den Grenzen zur Schweiz und Frankreich beendet werden können, hält Armin Schuster einen Stufenplan für die richtige Herangehensweise. Eine abrupte Öffnung könne nicht die Lösung sein: „Ich möchte als Parlamentarier das Verantwortbare und nicht allein das Wünschenswerte vertreten.“ Der Innenexperte Schuster schlägt vor, zunächst die Zahl der offenen, kontrollierten Grenzübergänge zu erhöhen sowie die zum Grenzübertritt berechtigten Personenkreise auszuweiten. Darunter würden Pendler fallen, die in Deutschland einkaufen möchten oder Personen, die für medizinische Betreuungsfälle, Arzttermine und Menschen, die eine Therapie oder Reha benötigen. Im nächsten Schritt sollten Bewohner der Landkreise, Départements und Kantone entlang der Landesgrenzen sich frei bewegen können – der Fernverkehr sollte ausgeschlossen sein. Im letzten Schritt würde der komplette Ausstieg aus den Grenzkontrollen erfolgen. Dabei gilt es, sich am Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden inländischen Lockerungen sowie den Vereinbarungen mit unseren Nachbarländern zu orientieren.



Foto: Gemeinsam mit Weil am Rhein-Oberbürgermeister Wolfgang Dietz (Mitte) im Interview mit der ARD

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung hat bei einer Pandemielage im föderalen Gefüge nicht allzu viele Entscheidungskompetenzen und doch ist es ihr in den vergangenen Wochen gelungen, die erste heiße Phase der Corona-Krise für das ganze Land beherrschbar zu halten. Wir haben bislang die Ziele erreicht, die wir uns zu Beginn der Pandemie in Deutschland gesetzt haben und das findet auch international Beachtung. Aus meiner Sicht liegt die Ursache für diesen Anfangserfolg (weiter sind wir noch nicht!) in der sachlichen und pragmatischen Art wie Bundesminister Jens Spahn und vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel agieren und die richtigen Schwerpunkte setzen. Der Erfolg geht natürlich auch auf das Konto der Ministerpräsident(inn)en, die sich in der ersten Phase stark an Angela Merkel orientierten. Und natürlich bildet die einmalige gesellschaftliche Solidarität das Fundament des erreichten guten Niveaus. Seit dieser Woche vollziehen wir jetzt quasi unter vollen Segeln einen Systemwechsel, wieder zurück in den üblichen föderalen Normalzustand: die Länderchefs haben wieder das Sagen. So auch die Landräte, die Bürgermeister und - jeder Einzelne von uns. Wir sind jetzt mit der zurückerhaltenen Eigenverantwortung wieder viel stärker selbst gefordert, vorsichtig zu bleiben. Bei den Ministerpräsident(inn)en hoffe ich, dass sie die rein an der Sache orientierte Politik von Merkel und Spahn fortsetzen. Es wird noch länger prioritär um den Gesundheitsschutz und deshalb zuvorderst um fachlich-medizinische Lagebeurteilungen gehen, wo sonst eher politische Erwägungen dominieren. Bleiben wir alle aufmerksam - in jeder Hinsicht.

Ihr

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Zustimmung zum Bundeswehreinsatz im Mittelmeer

Die neue EU-Mission „EUNAVFOR MED IRINI“, über die wir in zweiter und dritter Lesung namentlich abstimmen ersetzt die „Operation Sophia“, die zum 31. März 2020 ausgelaufen ist. Mit dieser Operation übernimmt die EU die Verantwortung zur Durchsetzung und Überwachung des VN-Waffenembargos gegen Libyen. Zudem soll die Mission den Ölschmuggel aus Libyen überwachen, Schleusernetzwerke aufdecken sowie weiterhin die libysche Küstenwache ausbilden. Das Mandat sieht eine deutsche Beteiligung an allen wichtigen militärischen Aufgaben vor, insbesondere der Ausbildung, Aufklärung und der Durchführung von Sicherungsmaßnahmen. Die Mandatsobergrenze liegt bei 300 Soldaten. Die Laufzeit des Mandats beträgt ein Jahr bis zum 30. April 2021.

Bessere Unterstützung von Familien

Der Bundestag hat in dieser Woche eine zeitlich begrenzte Anpassung der Elterngeldregelungen während der Corona-Krise beschlossen. Das Ziel ist eine verlässliche Unterstützung der betroffenen Familien. Durch die Schließung von Kitas und Schulen sind ihre gewohnten Tagesabläufe durcheinandergewirbelt. Für viele Mütter und Väter ist die Dreifach-Aufgabe von Betreuen, Beschulen und Arbeiten eine enorme Herausforderung. Eltern etwa, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, sollen ihre Elterngeldmonate auch über den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus verschieben können. Zudem verlieren Eltern ihren Partnerschaftsbonus nicht, wenn sie aufgrund der Corona-Krise aktuell mehr oder weniger arbeiten als geplant. Der notwendige gemeinsame Arbeitsumfang wird dazu temporär ausgesetzt. Zeiten mit einem krisenbedingten verringerten Einkommen beispielsweise aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit sollen das Elterngeld nicht reduzieren und haben bei einem weiteren Kind keinen negativen Einfluss auf die Höhe des Elterngeldes.

HINWEIS

Trotz der Corona-Krise bleiben die Büros von Herrn Schuster besetzt.

Wir sind gerne für Sie erreichbar.

Aktuelle Hinweise werden regelmäßig auf der Facebook-Seite unter dem Stichwort „Update #Corona“ veröffentlicht:

<https://www.facebook.com/armin.schusterMdB/>

Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa vor 75 Jahren

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation aller deutschen Truppen durch die Befehlshaber der Teilstreitkräfte im Hauptquartier der sowjetischen Streitkräfte in Berlin-Karlshorst am Abend des 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Das Datum des „VE-Days“ (Victory in Europe) spielt in der Erinnerung vor allem der im Verlauf des Krieges durch deutsche Truppen besetzten und in Folge ausgebeuteten Staaten Europas eine wichtige Rolle, so etwa in Frankreich oder Tschechien. In Deutschland selbst, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, kam diesem Tag lange eine gemischte Bedeutung zu, er war für zahlreiche Zeitzeugen auch eine Erinnerung an eine Niederlage und das damit verbundene Ausgeliefertsein mit teilweise schrecklichen Folgen. In der DDR war der 8. Mai zwischenzeitlich als Tag der Befreiung begangen worden, nämlich ab 1950 bis 1967 und einmalig wieder 1985. Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Plenum des Deutschen Bundestages markiert einen Umbruch im Umgang mit der Erinnerung an das Kriegsende in Deutschland. Er plädierte dafür, den 8. Mai auch in Deutschland als einen Tag der Befreiung zu verstehen. Seit diesem Datum hat sich der Umgang mit dem 8. Mai verändert.

Corona-Maßnahmen in Baden-Württemberg

Schritte der Lockerung

öffnen dürfen:

Ab dem 11. Mai:

- Musikschulen und Jugendkunstschulen 
- Freiluft-Sportanlagen für Sportaktivitäten ohne Körperkontakt 
- Fahrschulen 

Vor Pfingsten:

- Außengastronomie 
- Schulen für die 4. Klasse 
- Freiluft-Ausflugsziele mit kontaktarmen Angeboten 

Ab Pfingsten:

- Besucherzentren und Freizeitparks 
- Fitnessstudios, Tanzschulen, Kletterhallen 
- Schulen für alle Schüler in rollierendem System 